

Kurze Geschichte des Antikriegstages



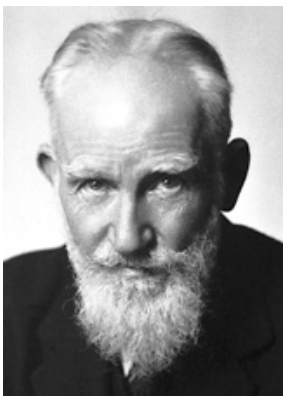
Mit dem Antikriegstag am 1. September erinnert die Friedensbewegung an den Überfall der deutschen Wehrmacht am 1. September 1939 auf Polen. Dieser Überfall war der Beginn des Zweiten Weltkriegs, der weltweit über 55 Millionen Tote und unzählige Verletzte forderte und zu unsäglichem Leid, zu unermesslichen Zerstörungen, und zu Vertreibungen, Unterdrückungen, Vergewaltigungen und Entrechtungen von Menschen führte. Nie wieder Krieg!,

Nie wieder Krieg!, war die Konsequenz aus dieser von Menschen verursachten Katastrophe und ist das Motto dieses Gedenktages, der seit dem 1. September 1957 jedes Jahr in Deutschland begangen wird.

Lesen Sie hierzu die Geschichte des Antikriegstages, festgehalten in einem Aufsatz von Wolfgang Dominik, Historiker und Soziologe aus Bochum.

Die Anfänge

Die Bemühungen um einen Antikriegstag bzw. Friedenstag lassen sich bis auf das Jahr 1845 zurückverfolgen. Es waren pazifistisch gesonnene kirchliche Kreise in Großbritannien, denen es dann ab etwa 1880 erstmalig gelang, den letzten Sonntag vor Weihnachten zu einem Friedens-Sonntag zu machen. Dies motivierte dann auch deutsche Freie Evangelische Kirchengemeinden, ab etwa 1900 der wachsenden Kriegsgefahr mit einem Friedens- oder Antikriegstag zu begegnen. Die Evangelische Kirche, die geprägt war durch die Einheit von Thron und Altar, also mit den weltlichen Herrschern als *summus episcopus*, dem höchsten Bischof, war zu dieser Zeit als kriegstreibende Kraft im Sinne des imperialistischen Kaiserreichs tätig.



George Bernhard Shaw, 1925

Am 22. Februar 1896 traf sich der irische Dramatiker George Bernhard Shaw mit anderen Künstler-inne-n zu einer Kundgebung in England. Auf dieser Kundgebung forderten sie eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit, um mit ihr einen Krieg zwischen den relativ "satten" imperialistischen Mächten und dem zum Krieg um eine neue Weltordnung rüstenden Deutschen Reich zu verhindern, indem Streitfragen geschlichtet werden. An dieser Veranstaltung nahmen sogar einige britische Minister teil.

Am 18. Mai 1898 wurde die 1. Haager Friedenskonferenz mit staatlichen Vertretern aus 26 Nationen eröffnet. In den folgenden Jahren wurde dieser 18. Mai in Deutschland bis zum Beginn des von Deutschland begonnenen Ersten Weltkriegs 1914 regelmäßig als Friedenstag begangen und trat erst nach dem Krieg wieder in Erscheinung, diesmal bis 1932, dem Jahr vor der Machtübergabe an Hitler. Während des Ersten Weltkriegs wurde der 1. August in Dänemark und Schweden als Antikriegstag begangen, da an diesem Tag die deutsche Kriegsmaschinerie den Ersten Weltkrieg begonnen hatte.

In Deutschland war vor allem die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), 1892 von der 1905 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Bertha von Suttner gegründet, die treibende Kraft des Antikriegstages. Die DFG, obwohl sie sich gegen einseitige Abrüstung und Kriegsdienstverweigerung aussprach, wurde sofort als undeutsch, jüdisch, sozialistisch und internationalistisch von allen Parteien, einschließlich der SPD, diskriminiert und diffamiert.

Zwischen Kaiserreich und Faschismus

1919, ein Jahr nach Ende des Ersten Weltkriegs, der allein 2 Millionen deutschen Soldaten das Leben gekostet hatte, erfuhr die Friedensbewegung einen kurzfristigen, durchaus verständlichen, Aufschwung. Carl von Ossietzky, Kurt Tucholsky, Albert Einstein u.a. sowie der "Friedensbund der Kriegsteilnehmer" wollten den 1. August in Zukunft unter dem Motto

Nie wieder Krieg!

als Antikriegstag begehen. Tatsächlich nahmen bis 1922 auch hunderttausende BürgerInnen an den Kundgebungen jedes Jahr teil. Das politische Dilemma war nur, dass bis auf Teile der USPD, SPD und KPD alle anderen Parteien von der Unschuld Deutschlands an der Entstehung des Ersten Weltkriegs überzeugt waren.



Mitteldeutscher Jugendtag, Leipzig
2. - 4. August 1924

Der Kaiser ging, die Generäle blieben, und mit ihnen die ökonomischen Strukturen mit dem entsprechenden Personal, das für den Ersten Weltkrieg verantwortlich war. Revanchistisches und militaristisches Gedanken(un)gut wurden von den nationalistischen Parteien, Medien, Kirchen und Schulen sowie Universitäten erfolgreich mit dem Ziel verbreitet, die "Schmach von Versailles" zu rächen. Christliche und dann politisch umfunktionalisierte Ideen vom "Tausendjährigen Reich", d.h. der Glauben an das nahe Ende der gegenwärtigen Welt, machten die Runde. Eine gemeinsame Linie für einen Antikriegstag war nicht mehr zu finden. Sowohl SPD, Gewerkschaften als auch die KPD machten ab 1920 in Konkurrenz zueinander und gegen die DFG eigene Antikriegstage. Schon 1923 verbot die SPD ihren Mitgliedern die Teilnahme am "Nie wieder Krieg!" - Tag, und die KPD veranstaltete ab 1923 ihren „Antifaschisten-Tag“ als eigenen Antikriegstag.

Im Jahr 1924 feierte die Reichsregierung, die Reichswehr und verschiedene militaristische Gruppen ihren gemeinsamen ersten "Volkstrauertag".

Ihr Hauptredner war damals der Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD). Von den PazifistInnen wurde dieser bis heute deutsches Heldentum beschwörende Volkstrauertag "Sobaldmöglichst: Wieder Krieg!" - Tag genannt. In den folgenden Jahren nahm die Beteiligung an den pazifistischen Veranstaltungen zum 1. August immer mehr ab, nicht zuletzt, weil auch die Friedensorganisationen keine gemeinsamen Ziele und Forderungen mehr fanden.

Mit der wachsenden faschistischen Bewegung wurden die inzwischen fast durchweg aus bildungsbürgerlichen Schichten bestehenden Friedensorganisationen verdächtigt, "kommunistische Tarnorganisationen" zu sein. Die politischen Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD machten inzwischen ein gemeinsames Vorgehen sowohl gegen die wachsende faschistische Gefahr als auch gegen zukünftige Kriege unmöglich. 1929 riefen sie zum letzten Mal zu ihrem jeweiligen "Anti-Kriegs-Tag" auf.

"Je weiter der Abstand zum Krieg, desto geringer werden die Erinnerungen an seine Ursachen und Grausamkeiten", beklagte seinerzeit Kurt Tucholsky diesen Zustand.

Der Antikriegstag in der Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Am 1. September 1957 wurde in der BRD zum ersten Mal der Antikriegstag am 1. September, in Erinnerung an den faschistischen Überfall auf Polen, und damit den Beginn des Zweiten Weltkriegs, begangen.

Zu diesem Antikriegstag aufgerufen hatten die Antimilitaristische Aktion, ein Bündnis der Sozialistischen Jugend - Die Falken, der Solidaritätsjugend, der Naturfreundejugend und die Gruppe der Wehrdienstverweigerer. Im Juli 1956 war die allgemeine Wehrpflicht im Bundestag beschlossen und die Bundeswehr in die NATO integriert worden. Als Reaktion darauf führte die Deutsche Demokratische Republik (DDR) die Wehrpflicht ein und gründete die Nationale Volksarmee (NVA). Die staatssozialistischen Länder zusammen gründeten anschließend die Warschauer Vertragsorganisation.



Wiederbewaffnung unter Adenauer, 1956

Die faktisch seit 1948/49 betriebene Remilitarisierung war praktisch abgeschlossen. Alle Remilitarisierungsgegner-innen wurden kriminalisiert und wie schon in der Weimarer Republik als staatsgefährdende Kommunist-inn-en und „undeutsche Elemente“ verdächtigt. Sie wurden teilweise inhaftiert und

mussten mit Berufsverboten und anderen repressiven Maßnahmen durch den bundesrepublikanischen "Rechtsstaat" rechnen. Dies war nicht verwunderlich, denn die strukturelle und ökonomische Restauration des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der BRD war abgeschlossen und der allergrößte Teil derer, die im Faschismus begeistert mitgemacht hatten, war in den Ämtern der neuen Republik geblieben oder in sie zurückgekehrt. Justiz, Politik, Schulen und Universitäten, Geheimdienste, Polizei, Bundeswehr und Medien betrieben eine entsprechende ideologische antikommunistische "Massenschutzimpfung". Oder wie die Psychoanalytikerinnen M. und A. Mitscherlich es in ihrem berühmten, sofort von rechts heftig bekämpften, Aufsatz „Die Unfähigkeit zu trauern“ ausdrückten: "Daß man zumindest mit dem Antikommunismus, dem Antibolschewismus und dem Antisozialismus Hitlers Recht behalten hatte, war Labsal für viele verwundeten deutschen Seelen."



Ostermarschierer 1961

Jetzt durften diese Ideologien mit voller Unterstützung der größten Militärmacht der Welt, der USA, verbreitet werden. Weder SPD noch DGB waren zu gemeinsamen Aktionen der Verweigerungsbewegung "Ohne mich", mit der Volksbefragungsaktion gegen die Remilitarisierung oder mit Neutralitätsbestrebungen einverstanden.

Dazu kam, dass der 1. September ab dem Jahr 1961 im Schatten der Ostermarsch-Bewegung stand, die immer mehr TeilnehmerInnen anzog, 300.000 alleine im Jahr 1968. Natürlich wurde auch der Ostermarsch sofort von der SPD und dem DGB diffamiert. Der alte Vorwurf, von Moskau ferngesteuert zu sein, zog immer.

Der Antikriegstag geriet durch den Einmarsch von Teilen der Truppen der Warschauer Vertragsorganisation in die CSSR in seine größte Krise. Dazu kam, dass die damaligen Positionen der SPD-FDP-Regierung (ab 1969) versuchten, dem Antikriegstag seine Existenz und Notwendigkeit abzusprechen, denn die angebliche Friedenspolitik Willy Brandts würde ihn überflüssig machen. Teile des DGB wollten daraufhin in Zukunft nur noch am Volkstrauertag teilnehmen.

Die USA, angefangen von der Regierung Kennedys über Johnson bis hin zu Nixon belehrten aber die Friedensbewegung, dass ein Antikriegstag angesichts der fürchterlichen Massaker, die sie in Vietnam natürlich wie immer bei ihren Kriegen im Namen von "freedom and democracy" anrichteten, notwendiger denn je war. Der grausame Krieg der USA endete schließlich mit 3 Millionen toten Vietnamesen und bis heute nachwirkenden Schäden an Menschen und Natur durch den us-amerikanischen Einsatz chemischer Waffen. Dieser Krieg mobilisierte die Menschen und damit



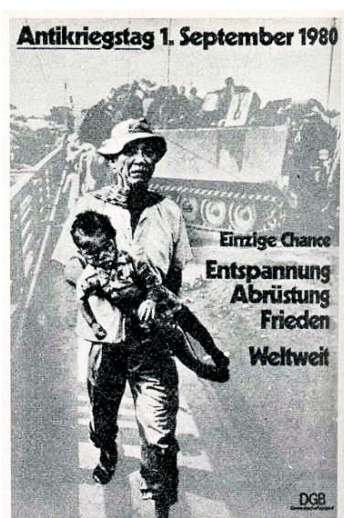
Provokantes Plakat gegen die freedom and democracy Politik der USA

die Friedensbewegung und führte dazu, den 1. September wieder massenhaft zu begehen. Unbeeindruckt unterstrichen die jeweiligen Bundesregierungen in den Kriegsjahren ihre Unterstützung für den us-geführten Krieg.



Symbol der Friedensbewegung der 1980er

Zeitgleich jagte eine Runde des Wettrüstens die nächste. 1977 war sogar der DGB teilweise bereit, sich wieder am Antikriegstag zu beteiligen und sogar mit dem "Komitee für Frieden und Abrüstung" (KOFAZ) zusammenzuarbeiten. Wie bereits schon zuvor, wurde auch jetzt wieder vor dem Komitee von fast allen Massenmedien heftigst gewarnt. An diesen Dämonisierungen des KOFAZ beteiligten sich SPD, CDU und FDP, war doch in dem Komitee auch die 1968 gegründete DKP vertreten. Die SPD drohte ihren Mitgliedern gar mit Parteiausschluss, wenn sie mit dem KOFAZ zusammenarbeiten würden. In der CDU und FDP gab es eh keine nennenswerte Kritik an „westlichen“ Kriegen, war doch für diese Parteien die Bundeswehr schon immer die größte deutsche Friedensbewegung.



Da das Wettrüsten aber immer bedenklichere Ausmaße annahm, konnten auch SPD und DGB nicht weiter abseits stehen. 1978 war der Antikriegstag wieder ein zentrales Anliegen des DGB. Am 1. September 1979 war auf der Antikriegstagkundgebung in Dortmund der DGB sogar mit seinem Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter als Hauptredner vertreten.

Der Antikriegstag am 1. September wurde von 1980 an ganz offiziell vom DGB-Vorstand zum Tag für friedenspolitische Aktivitäten der Gewerkschaften deklariert. Sicher hatte so mancher da auch den Wunsch, der unabhängigen Friedensbewegung diesen Tag einfach wegzunehmen zu wollen und selber mit eigenen Inhalten zu besetzen. Es gab insofern stets

heftigste Auseinandersetzungen über die politische Ausrichtung des Gedenktages.

Bei den Großdemonstrationen am 10. Oktober 1981 und 10. Juni 1982 in Bonn gegen die Aufstellung neuartiger US-amerikanischer Atomraketen in der BRD nahmen aber trotz scharfer Warnungen von den Spitzen von SPD und DGB zahlreiche prominente Sozialdemokraten und Gewerkschafter teil.

Der Antikriegstag, wie der Ostermarsch, dümpelte nach dem Abzug der Atomraketen, und vor allem nach Abschluss der Verträge über die Reduzierung der Mittelstreckenraketen von 1987/88, etwas kraftlos vor sich hin. Doch eine kleine Minderheit, die die ökonomischen Rahmenbedingungen von Rüstung und Krieg analysierte und die Kriegsgefahr auch nach 1990/91 keineswegs als gebannt sah, engagierte sich weiter, und neue von den USA angezettelte Kriege, die ab 1999 auch mit direkter Beteiligung Deutschlands stattfanden, machten den Antikriegstag als Tag der Mahnung notwendiger denn je.

Und Heute?

Noch immer lagern in Deutschland mindestens 20 einsatzbereite Atombomben der USA. Sie verfügen über die 260-fache Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe, die Bombe, die am 8. August 1945 über Hiroshima in Japan von den USA gezündet wurde und über 200.000 Menschenleben forderte. Noch immer inszenieren und organisieren die USA ihre Kriege über eigene Stützpunkte in Deutschland, und noch immer werden die Kriege im Nahen Osten und Zentralasien von us-amerikanischen Hauptquartieren von Deutschland aus gesteuert. Deutschland selbst ist inzwischen an 12 Kriegen weltweit beteiligt und die Umrüstung von einer angeblichen Verteidigungsarmee zu einer mittlerweile auch ganz offiziell so deklarierten globalen Interventionsarmee geht mit großen Schritten voran.



Deutscher Beitrag in Afghanistan

Die Beteiligung am Krieg in Afghanistan wird von der Regierung in Berlin immer weiter vorangetrieben. Es ist zu befürchten, dass bei einem Angriff der USA und/oder Israels auf den Iran sich auch Deutschland mit diesem Vorgehen solidarisieren wird.

Der Vertrag von Lissabon schreibt Aufrüstung mit immer weiter wachsenden Milliarden Rüstungsausgaben fest. Die Bundeswehr wird weiterhin auf alle möglichen globalen Kriegseinsätze vorbereitet. Auch der Kampf nach innen, in die Bundesrepublik hinein, wird geplant. Diese Aufzählung ließe sich in erheblichem Umfang fortführen.

Der Antikriegstag am 1. September hat seinen Sinn nicht nur nicht verloren, sondern ist notwendiger denn je, geht es doch nicht nur um zahlreiche Kriege, an denen Deutschland aktiv beteiligt ist, sondern vielleicht bald auch um NATO-Pläne, die atomar geführte Kriege als Strategie-Option aufnehmen sollen.

Diese Information wurde Ihnen vom Bochumer Friedensplenum überreicht. Wer daran interessiert ist, sich mit dem Thema Frieden und Friedenspolitik weiter zu beschäftigen, findet auf unsere Webseite:

<http://www.bo-alternativ.de/friedensplenum>

weitere aktuelle Informationen. Hier gibt es auch die Möglichkeit, sich in den Email-Verteiler des Bochumer Friedensplenums einzutragen. Wer selber aktiv werden möchte, ist herzlich eingeladen, beim Bochumer Friedensplenum mitzumachen. Wir treffen uns jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat, jeweils um 19:30 Uhr im Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108.

Wer das Bochumer Friedensplenum in seiner Arbeit finanziell unterstützen möchte, kann dies mit einer Spende auf das Spendenkonto: 1 394 709, bei der Stadtparkasse Bochum, BLZ: 430 500 01, tun.